

Mit Staatsausgaben auf Pump die Konjunktur weiter ankurbeln?

Gewinn Messe, 19.10.2017
Dr. Ralf Kronberger

Pro & Contra Staatsverschuldung

■ Pro Staatsverschuldung

- Intergeneration Equity
- Stabilisierung der Steuersätze bei großen Investitionen
- Anlagemöglichkeiten: „mündelsicher“

■ Contra Staatsverschuldung

- Kostspielig: Zinskosten
- Unterlaufen von Steuerschranken
- Zinszahlungen an ausländische Gläubiger werden durch heimische Steuermittel finanziert
- Crowding Out von privaten Investitionen

Demokratie & Staatsverschuldung

Anteil der Jahre mit Budgetdefizit 1960-2011				
	Österreich	Deutschland	Niederlande	Schweden
Prozentanteil der Jahre mit Budgetdefizit	82%	78%	88%	42%
Jahr mit dem letzter Budgetüberschuss	1974	2008	2008	2008

„Nationalrat: Eine Sitzung, 470 Millionen Euro

Im Parlament gab es vier Tage vor der Nationalratswahl Wahlkampf pur. SPÖ, FPÖ und Grüne brachten eine Reihe von Gesetzen mit teilweise erheblichen finanziellen Auswirkungen durch.“

http://diepresse.com/home/innenpolitik/nationalratswahl/5301756/Gesetze_Nationalrat_Eine-Sitzung-470-Millionen-Euro
abgerufen am 13.10.2017

Welche Konjunkturpolitik?



Fiskalregeln auf EU-Ebene

Vertrag über die Gründung der Europäischen Union – Art. 104c – Protokoll Nr. 5 (1992) (jetzt in Art. 126 AEUV geregelt)

Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt (1997)
(2 EU-Verordnung zu Haushaltsüberwachung und übermäßigem Defizitverfahren + Ratsbeschluss 1997)

Sixpack (2011)

Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP)

- (1) Verschärfung präventiver Arm SWP (stärkere Konsolidierung, Ausgabenregel) (1175/2011)
- (2) Verschärfung korrekativer Arm SWP (Schuldenkriterium wichtiger) (1177/2011)
- (3) Durchsetzung Sanktionen SWP (1173/2011)
- (4) Richtlinie für haushaltspolitischen Rahmen (2011/85/EU)

Makroökonomische Koordinierung

- (1) Prävention und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (1176/2011)
- (2) Durchsetzungsmaßnahmen zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte (1174/2011)

Twopack (2013)

- (1) Verstärkte Kontrolle der Länderbudgets im Euroraum (472/2013)
- (2) Überwachung und Bewertung der Übersichten über die Haushaltsplanung und Einrichtung von nationalen Fiskalräten (473/2013)

Europäisches Semester (2011)

Stärkere Abstimmung zwischen haushalts- und strukturpolitischer Überwachung

Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung – inkl. Fiskalpakt (2013)

Völkerrechtlicher Vertrag

Schuldenbremse

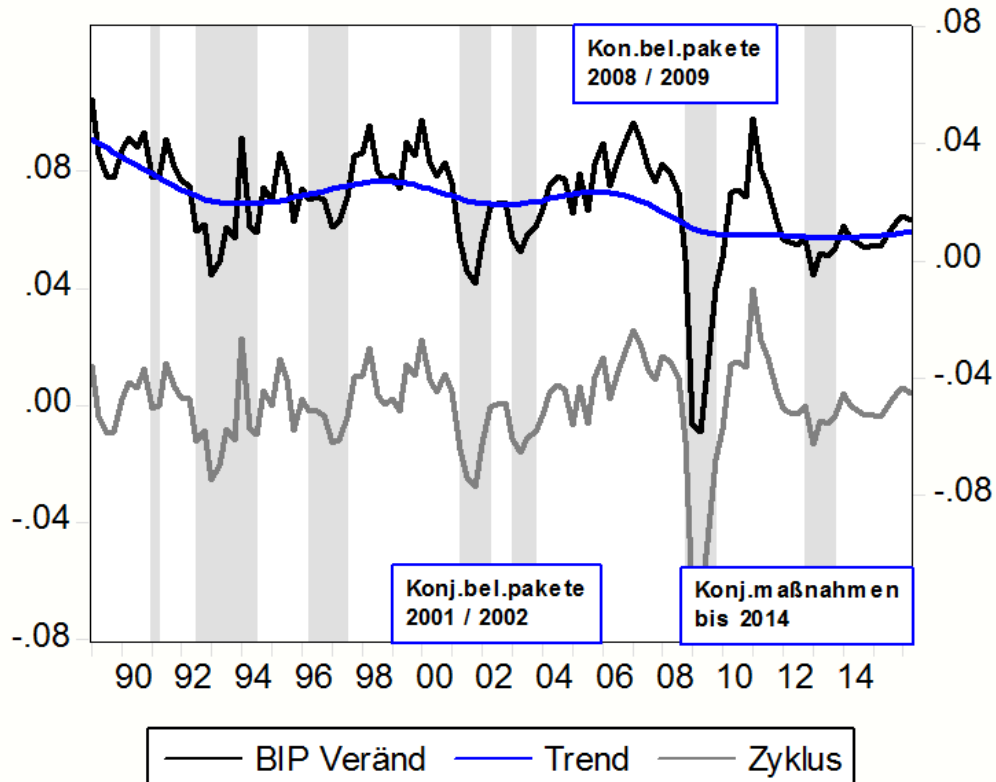
Wirtschaftliches „Partnerschaftsprogramm“ für Länder im Verfahren des übermäßigen Defizits

Automatischere Einleitung des Verfahrens des übermäßigen Defizits

Auf Basis EuGH-Urteils Sanktionierung bei Vertragsverletzung

2 x jährlich Eurozonengipfel

Konjunktur- und Konsolidierungspakete in Österreich



Konsolidierungspaket 2011-2014

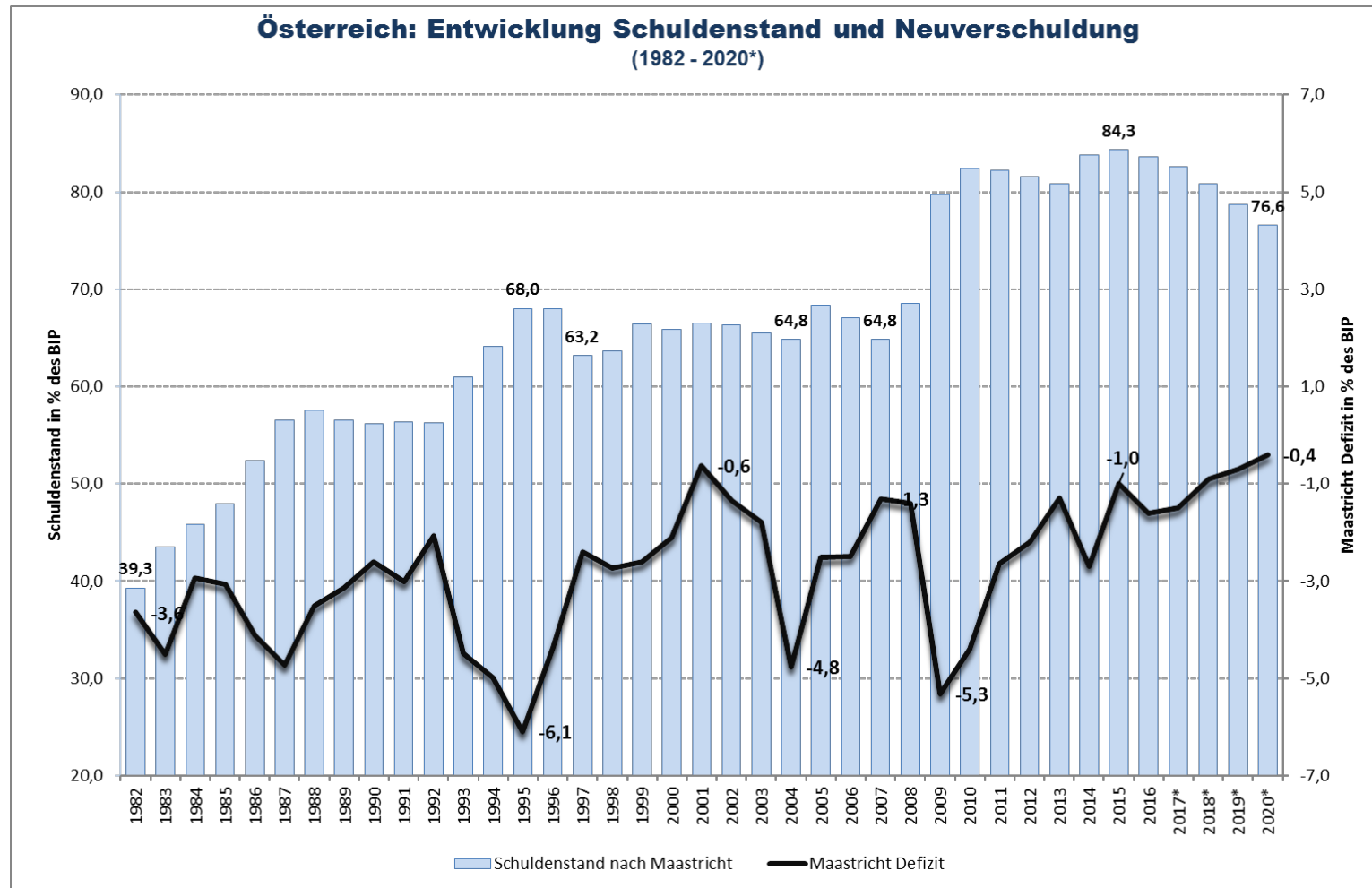
Konsolidierungspaket 2012-2016

Konsolidierungspaket 2014-2018

Stop & Go schlecht für den Standort

- Gewinnfreibetrag
 - 2009 Einführung des Gewinnfreibetrags für Unternehmen - Freibetrag von 13% des Gewinnes bis zu maximal 100.000 €
 - Stabilitätsgesetz 2012: befristete Einschränkung durch eine Prozentstaffel auf einen maximaler Gewinnfreibetrag von 45.350 €
 - Abgabenänderungsgesetz 2014: der investitionsbedingte Freibetrag (über 3.900 €) wurde auf die Unterlegung mit Wohnbauanleihen bis 2016 befristet eingeschränkt - unbefristete Verlängerung der Einschränkung mit der degressiven Prozentstaffel.
- Bausparprämie
 - Konjunkturpaket 2008: Anhebung der Bausparprämie
 - Konsolidierungspaket 2012-2016: Halbierung Bausparprämie und Zukunftsvorsorge
- Kleine GmbH
 - 2013: Absenkung des Mindeststammkapitals der GmbH von 35.000 € auf 10.000 € + Herabsetzung der Mindest-Körperschaftsteuer von 1.750 auf 500 € p.a.
 - Abgabenänderungsgesetz 2014: Einschränkung dieser Begünstigung auf neugegründete GmbHs, die maximal 10 Jahre dieses Gründungsprivileg nützen können

Entwicklung der Staatsschulden in Österreich



Wie machen die Anderen das?

Neuverschuldung und Schuldenstände in ausgewählten EU-Ländern

	Neuverschuldung (% des BIP) (+ Überschuss/- Defizit)		Schuldenstand (% des BIP)		Erhöhung Schuldenstand 2007-2017 (% des BIP)
	2007	2017*	2007	2017*	2007-2017*
Deutschland	0,2	0,5	63,5	65,8	2,3
Niederlande	0,2	0,5	42,4	59,8	17,4
Österreich	-0,9	-1,3	64,8	82,8	18,0
Finnland	5,3	-2,2	34	65,5	31,5
Euro-Währungsgebiet	-0,7	-1,4	66,3	90,3	24,0
Schweden	3,3	0,4	38,3	39,1	0,8

Wie macht das Schweden?

- Schweden: 1997 Einführung starker Fiskalregeln: Eine Ausgabenregel – die die Ausgaben über 3 Jahre deckelt – wurde mit einer Saldenregel verknüpft, welche einen Überschuss von 1% des BIP über den Konjunkturzyklus vorschreibt
- Schweden hatte zum Einführungszeitpunkt einen Schuldenstand von 71,9% des BIP – 2017 Schuldenstand von 39,1% des BIP erwartet
- Vergleich der Staatseinnahmen- und Staatsausgabenquoten 2007/2016
 - AT: Staatseinnahmenquote um 1,3%-Punkte auf 49,2% des BIP erhöht
 - SWE: Staatseinnahmenquote um 3,7%-Punkte auf 48,7% reduziert
 - AT: Staatsausgabenquote um 2,6%-Punkte auf 51,7% des BIP ebenfalls erhöht
 - SWE: Staatsausgabenquote um 0,3%-Punkte auf 50,0% des BIP erhöht
 - Die Spielräume für zusätzliche Ausgaben und Einnahmen sind daher für Österreich vergleichsweise gering

Fazit

- Primär ist die Struktur der öffentlichen Ausgaben von Relevanz für den Wachstumsbeitrag
- Stabile Rahmenbedingungen in der Steuergesetzgebung für Standortattraktivität wichtig
- Investitionsfreundliche Steuergesetzgebung notwendig